

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - RWB/034(IV)/07 | | | |
|---|-------------------------------|--|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik | Donnerstag, 29.11.2007 | Altes Rathaus, Hansesaal, Alter Markt 6, Magdeburg | 17:00Uhr | 21:10Uhr |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift

Gemeinsame Sitzung mit dem Gesundheits- u. Sozialausschuss

- 4 Aussagen des Landesrechnungshofes S.-Anhalt zur Stellungnahme des Prüfberichtes des Landesrechnungshofes DS213/07
 - 4.1 Vorstellung des neuen Geschäftsführers der ARGE, Herrn Müller
 - 4.2 Anbindung der Arbeit der ARGE mit dem Stadtrat

Ende der gemeinsamen Sitzung

- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme "Rothensee" mit Stand vom 30.06.2007
Vorlage: DS0505/07
 - 5.2 Konzeption zur Vernetzung der Messe- und Kongressaktivitäten in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0524/07
- 6 Anträge
 - 6.1 Industrie- und Gewerbegebiet Magdeburg - Barleben
Vorlage: A0080/07
 - 6.2 Industrie- und Gewerbegebiet Magdeburg - Barleben
Vorlage: S0237/07
 - 6.3 Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: A0163/07
 - 6.4 Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: S0234/07
 - 6.5 Einsatz Erneuerbarer Energien verstärken
Vorlage: A0126/07
 - 6.6 Einsatz Erneuerbarer Energien verstärken
Vorlage: S0241/07

- 6.7 Anpassung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0158/07

- 6.8 Anpassung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0227/07

- 7 Informationen

- 7.1 Wirtschaftsverkehrskonzeption der Landeshauptstadt Magdeburg
(Zielhorizont 2015)
Vorlage: I0226/07

- 7.2 Sachstand Wirtschaftsförderung
Vorlage: I0267/07

- 7.3 Sozialkaufhaus im Neustädter Feld I0280/07
(Selbstbefassung)

- 7.4 Magdeburg zu Gast auf der 50. Steuben-Parade in New York City:
Erste Projektinitiativen in Auswertung des Delegationsbesuches
2007
Vorlage: I0315/07

- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Carsten Klein

Stadtrat Frank Schuster

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Stadtrat Alfred Westphal

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Kornelia Keune

Sachkundiger Einwohner Daniel Kraatz

Vertreter

Stadtrat Klaus Heinemann

Verwaltung

Herr Frank Fahlke

Herr Günther Klaffehn

Beigeordneter Dr. Klaus Puchta

Herr Dr. Dieter Scheidemann

Herr Schulze

Gäste

Frau Rosam

Herr Müller

Herr Wagenknecht

Herr Trazoms

Herr Mirschinka

Herr Bartsch

Nicht anwesende Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadträtin Dagmar Huhn

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Heinz - Joachim Kapischke

Geschäftsführung

Herr Norbert Haseler

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 17.00 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Stadtrat Dr. Zimmer die Sitzung des RWB-Ausschusses. Die Sitzung wird als gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales starten.

Herr Stadtrat Dr. Zimmer stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde.

An der Sitzung nehmen 6 stimmberechtigte Stadträte, 2 beratende Stadträte und 2 sachkundige Einwohner teil. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde ohne weitere Zusätze und Bemerkungen bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Hinweise zur Niederschrift der Sitzung vom 25.10.2007.

Ja: 3 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.10.2007 wird bestätigt.

Gemeinsame Sitzung mit dem Gesundheits- u. Sozialausschuss

4. Aussagen des Landesrechnungshofes S.-Anhalt zur
Stellungnahme des Prüfberichtes des Landesrechnungshofes
DS213/07

Zu Beginn der gemeinsamen Sitzung wurden die Gäste vom Landesrechnungshof begrüßt. Der Vorsitzende des Gesundheits- u. Sozialausschuss, Herr Giefers, und der Vorsitzende des Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung u. kommunale Beschäftigungspolitik, Herr Dr. Zimmer, verständigten sich darauf die Sitzung gemeinsam zu leiten.

Aufgrund eines Berichtes der Volkstimme Magdeburg über Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Schwerpunkt „Prüfung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), bot der Landesrechnungshof dem Stadtrat an, in den zuständigen Ausschüssen Erläuterungen zu den Feststellungen,

Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu geben. Aus Sicht des Landesrechnungshofes wurde die Einschätzung durch die Presse verkürzt dargestellt.

Ministerialdirigent Wilnis S. Tracums und Herr Oliver Mirschinka vom Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt stellten sich den Fragen der Stadträte.

Herr Tracums führte aus, das sich der Landesrechnungshof bei seinen Bewertungen und Empfehlungen an die Vorgaben des SGB II und der Rechtsprechung insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts zum BSHG und des Bundessozialgerichtes zum SGB II gehalten habe. Der Landesrechnungshof (LRH) verwies auf über dem Landesdurchschnitt und über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer liegende Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Auch die Höhe der Grundmiete hält der LRH für unangemessen, der LRH empfiehlt die Erstellung eines Mietspiegels. Frau Rosam antwortet, dass die Erstellung eines Mietspiegels Aufgabe der Landeshauptstadt sei. Herr Villard informiert, dass der OB diesen für die Landeshauptstadt befürwortet und bereits einen Arbeitsauftrag erteilt hat. Ein weiterer Kritikpunkt war der 13% Aufschlag auf die Grundmiete, nach Meinung des LRH werde der Wegfall nicht zu einer Umzugswelle führen. Ohne 13% Regelung hätten mehr Leistungsempfänger zum Umzug aufgefordert werden müssen. Wird der Umzug nicht in Selbsthilfe ausgeführt, sind Kosten von ca. 2000 – 3000 Euro anzusetzen. Aber durch Änderung der Unterkunftsrichtlinie wird zukünftig in jedem Einzelfall über die Wirtschaftlichkeit entschieden. Die Problematik der Heiz- und Betriebskosten muss noch in der Unterkunftsrichtlinie neu geregelt werden. Die Aktenführung allgemein wurde ebenfalls durch den LRH bemängelt, die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen sollte verbessert werden. Ebenso sollte eine kontinuierlichere Auswertung der Rechtsprechung erfolgen.

Frau Rosam, GF- ARGE arbeitete heraus, dass der 13% Aufschlag auf die Grundmiete etwa nur 3000 Bedarfsgemeinschaften mit einem Umfang von insgesamt 45.000 € betrifft. Die höheren Betriebskosten resultieren aus den Nebenkosten/ Unterkunfts-kosten. Hinsichtlich der Aktenführung ist das Prinzip aus einer Hand durchgesetzt. Es gibt für jeden Kunden einen persönlichen Ansprechpartner. Eine Richtlinie für die Aktenführung ist zwischenzeitlich in Kraft auch Dank der EDV mäßigen Unterstützung bis zum Bescheiderlass. In Durchsetzung des SGB II wurden die Leistungen entwickelt und nicht dem Selbstlauf überlassen. Neue Regelungen werden umgesetzt.

Herr Giefers erkundigte sich zum Stand der Dinge bei der Unterkunftsrichtlinie

Frau Rosam teilte mit, das die ARGE mit der Stadt an einer Lösung arbeitet. Herr Villard, Amtsleiter Sozial- und Wohnungsamt, teilte ebenfalls mit, dass man hier intensiv gemeinsam an einer Lösung arbeitet. Man beabsichtigt nunmehr einen Mietspiegel zu erstellen. Durch den Oberbürgermeister wurde die Aufgabenstellung formuliert.

Der Vorsitzende, Herr Giefers, stellte fest, dass man bei Umzügen die Wirtschaftlichkeit zu bedenken hat.

Herr Stadtrat Klein führte an, dass man vor 2 Monaten im Stadtrat die Erstellung eines Mietspiegels beschlossen hat.

Stadtrat, Herr Dr. Hildebrand, verwies darauf das die Ausgaben für Gesundheit und Soziales gesetzlich geregelt sind, die Rechtsprechung auf dieser Grundlage erfolgt aber wir es ordnen sollen. Nicht wir sondern der Gesetzgeber ist gefordert hier klare Regelungen zu schaffen, man kann nicht auf Kosten der Kommunen agieren.

Herr Klein erkundigte sich wo es spezifische Abweichungen im Vergleich zu anderen gibt.

Durch die Vertreter des Landesrechnungshofes wurde dargelegt das in der Tat zu vergleichbaren anderen Einrichtungen die Kosten zu hoch sind, ohne das ein Nachweis erfolgte warum, d.h. mit der Prüfung wurde nicht behauptet es gibt zu hohe Grundmieten. Daraus folgt, dass der Mietspiegel ein wichtiges Instrument der Kostenanalyse ist. Er verwies hier auf die in der DS0213/07 ausgewiesenen Vergleichswerte zu anderen Ostdeutschen Städten mit dem Fazit das Magdeburg eine mittlere Position einnimmt. Mittels des Mietspiegels können angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung aufgezeigt werden und man kann festlegen was belastbar ist und auch vor Gericht standhält.

Es wurde herausgearbeitet, dass der 13% Aufschlag auf die Grundmiete nicht die Echtheitskosten Rechnung trägt. Die Angemessenheitsgrenze wird erhöht, d.h. bis zu einer bestimmten Grenze nicht verfolgt. Jede Entscheidung kann nur einen berechnete Einzelfallentscheidung sein, die aktenmäßig ausgewiesen sein muss.

Als Problem insgesamt stellt sich die Absenkung der Bedarfsgemeinschaften, d.h. Bund senkt die finanzielle Beteiligung, dar.

Auch der Pauschalbetrag für den Warmwasserabzug ist strittig, man sollte Obergerichtliche Entscheidungen anstreben. Nur wer Heizkosten und Warmwasserkosten einzeln ausweist wird vor Gericht bestehen. Von übergeordneten Normen hat der Bund keinen Gebrauch gemacht, weil im Bundesgebiet verschiedene Wohnverhältnisse sind.

Herr Stadtrat Brüning führte aus warum denn abheben auf Gerichtsurteile. Es gibt die ARGE, einen Vertrag zwischen der Agentur und der Landeshauptstadt Magdeburg. Es sind doch schwierigen Verhältnisse, Leerstand, d.h. der Mieter bestimmt den Wert und nicht der Vermieter. Nebenkosten wie Strom und Wärme sind doch vertraglich mit der SWM ausgehandelt. Es gibt z.B. keine kleinen Wohnungen auf dem Markt.

Frau Bröcker, Bg. V, teilte zu den Warmwasserkosten mit, dass in Zusammenhang mit Unterkunfts-kosten ein Bundesgerichtsurteil zu erwarten ist. Die Unterkunfts-kosten sind von mehr Faktoren als vom Sozialgericht festgemacht (Planungsfragen, Infrastruktur, verfügbare Wohnungen etc.) abhängig. Leider hat ja Sachsen-Anhalt im Bundesrat dem Verteilerschlüssel des Bundes für Bedarfsgemeinschaften zugestimmt. Wenn wir als Kommunen die Probleme beim Land ansprechen, müssen wir auch davon ausgehen, dass uns das Land vertritt.

Herr Giefers, plädierte dafür, dass Alles in seiner Verhältnismäßigkeit gesehen werden muss.

Herr Stadtrat Westphal stellte Überlegungen an:

- Wir haben die Möglichkeit gegenüber der Landesregierung vorstellig zu werden.
- Der Stadtrat sollte mal diskutieren wie man die Beigeordnete V unterstützen kann.
- Wir sollten bei der Haushaltskonsolidierung überlegen, welchen Einfluss wir als Stadtrat auf die ARGE haben.
- Die Bürger haben Einfluss wie viel sie für Nebenkosten ausgeben. Wenn man aber nicht in der Situation ist darüber nachzudenken zu müssen, erfolgt auch keine Einflussnahme auf die Kostensenkung.
- Wenn Bund und Land nicht von der aktuellen Situation ausgehen, werden wir weiter Kostenprobleme haben.

4.1. Vorstellung des neuen Geschäftsführers der ARGE, Herrn Müller

Zu seiner Person teilte Herr Müller mit, dass er 55 Jahre ist und verheiratet ist.

Zu seinem beruflichen Werdegang informierte er, dass er über viele Jahre in den verschiedensten Tätigkeiten (Arbeitsamt, Bundesagentur für Arbeit) reichlich Erfahrung gesammelt hat. Gern hat er die ihm neu übertragene Aufgabe im Jobcenter ARGE Magdeburg übernommen, die er ebenfalls mit hohem Engagement und der Hilfe der Belegschaft etc. umsetzen möchte.

Der Vorsitzende Herr Giefers, bedankte sich für die Vorstellung. Er erkundigte sich zur Frage von Problemen, die sich aus dem Zusammenwirken Bundesagentur für Arbeit und Sozialamt ergeben.

Herr Müller berichtete, dass es bei den zentralen Anweisungen aus Nürnberg oftmals Probleme in Zusammenhang mit der Verfahrensweise in Magdeburg gab.

Zunehmend ist jetzt aber die Vermittlerfunktion zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hier gibt es kaum Probleme.

Herr Stadtrat Dr. Reichelt hinterfragte, ob den die Bezeichnung Kunde richtig ist.

Herr Müller bemerkte dass es sicher hierzu unterschiedliche Interpretationen geben kann. Für sein Haus ist entscheidend,

- wir sind Dienstleister und Ansprechpartner
- wir unterstützen die Bürger/innen die zu uns kommen.

4.2. Anbindung der Arbeit der ARGE mit dem Stadtrat

Herr Giefers stellte fest, dass es den Beirat bei der ARGE gibt. Er stellte die Frage, wie man ggf. ein neues Konstrukt schaffen kann.

Herr Stadtrat Brüning stellte fest, dass eine Qualifizierung der Arbeit aus der Sicht des Stadtrates mit der Umstrukturierung seit 2005 zu verzeichnen ist.

Er schlug vor den Magdeburg-Pass nicht nur im Sozialamt sondern auch bei der ARGE anzubieten. Durch den Stadtrat wurde ein Beschluss zur Arbeitsmarktstrategie gefasst. Mit der Umstrukturierung von ABM auf Endgeltvariante bzw. Ein-Euro-Job stehen uns Mio.-Beträge nicht mehr im Haushalt zur Verfügung, dass erfordert einen konzentrierten Mitteleinsatz.

Die Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt erfordert ein individualisiertes Handeln.

Das ich aufgrund der verfügbaren Zeit die Mitarbeiter mit ihren Kunden nur begrenzt treffen können ist die soziale Kompetenz der Mitarbeiter zu stärken. Er schloss mit der Frage wie die ARGE den Rechtsanspruch für Jugendliche bis 25 auf einen Ausbildungsplatz.

Der Vorsitzende Herr Giefers betonte dass es doch heute nicht um Aufgabenstellungen sondern darum geht, wie wir zusammenarbeiten wollen.

Herr Dr. Hildebrand führte aus wie gelingt es uns die Aufgaben und Ziele umzusetzen, welche Steuerungsmöglichkeiten haben wir als Stadtrat. Wenn man zur Geschäftsführung geht erhält man da Hilfe etc. Die Experimentierphase läuft aus, wie geht es weiter, wo geht es hin, was können wir unterstützend machen. Können Stadtgeräte rechtlich wirksam werden?

Herr Giefers verwies auf die 50% Anteile die der OB einbringt.

Frau Bröcker, Bg. V, erinnerte das der Stadtrat eine Satzung beschlossen hat. Die Mitwirkung des Beirates ist geregelt, sodass durch den Stadtrat die Arbeit beeinflusst werden kann. Der Beirat hat eine Beratungsfunktion, wenn man dies ändern will muss man das unter Beachtung gesetzlicher tun unter der Voraussetzung, dass der andere Partner bereit ist.

Herr Stadtrat Westphal bezog sich darauf die Verwaltung bringt immer vor Gesetze. Wir haben keine Möglichkeiten, es ist kein Aufsichtsrat sondern ein Beirat. Vernünftige Stadtratsbeschlüsse sind nur dann möglich, wenn wir konkrete Dinge, notwendige Anregungen von der ARGE bekommen. Es muss der Stadt zum Nutzen sein und zur HH-Konsolidierung beitragen.

Herr Giefers betonte, wir müssen uns darüber verständigen was hilfreich sein kann. Mit Blick auf die AQB und GISE erkundigte er sich zur Kostensicherung.

Herr Dr. Reichelt erkundigte sich zur Vorbereitung der Maßnahmen mit der GISE und AQB und hinterfragte ob wir uns noch alle Dinge leisten können

Die Geschäftsführerin, Frau Rosam, betonte es geht um die Abdeckung der Bedarfe, hierzu gibt es einen Vertrag mit der Stadt. Wenn es Probleme gibt, wird der Beirat informiert. Frau Rosam informiert, dass der Magdeburg-Pass eine freiwillige Leistung der Stadt ist. zurzeit werden durch die ARGE 35000 Kunden betreut. Schon jetzt wurden durch die Mitarbeiter Überlastungsanzeigen gestellt, da jeder Mitarbeiter ca. 230 Bedarfsgemeinschaften bearbeitet. Unter dem derzeitigen Belastungsstand der Mitarbeiter ist eine zusätzliche Bearbeitung des MD-Passes nicht machbar. In Zusammenarbeit mit der GISE und AQB werden dabei auch 2008 die ABM, Maßnahmen nach Entgeltvarianten und Ein-Euro-Jobs berechenbar organisiert. Der Geschäftsführer Herr Müller bedankte sich für das Angebot der Hilfe, man wird es nutzen um sich Rat zu holen auch bei Problemfällen. Er informierte zum 2. Arbeitsmarkt, dass man viele Dinge macht um den Kunden zu helfen, d.h. auch mit den Kunden gemeinsam. Dabei ist man stets um höchste Kompetenz bemüht, berücksichtigt die Interessen der Stadt und arbeitet eng mit der Agentur zusammen. Die Arbeit der Mitarbeiter ist ein ständiger Lernprozess, ein Dauerbrenner ist der Personalwechsel. Auf dem 1. Arbeitsmarkt will man 2008 noch wirksamer werden z.B., wie bei der Entwicklungsmaßnahme mit dem Dezernat III und KGE Ansiedlungen unterstützen und wie 2007 mit den Call-Centern sich Schwerpunktbranchen widmen.

Ende der gemeinsamen Sitzung

5. Beschlussvorlagen

- 5.1. Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme
"Rothensee" mit Stand vom 30.06.2007
Vorlage: DS0505/07

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurde noch eine Tischvorlage an die anwesenden Mitglieder des Ausschusses verteilt (Defizitbetrachtung 1995 – 2011).

Herr Bartsch, KGE Kommunalgrund legte dar, dass in der Zone I eine schwierige Wettbewerbssituation der Grundstücksverwaltung zu verzeichnen ist. Als Ursachen umriss er die niedrigen Preise der Wettbewerber, andere Hebesätze und der Aufwand von ca. 6 Euro/je m² für die Auffüllung von ca. 80% der Flächen. Man arbeitet mit Hochdruck an einer Lösung der Flächenauffüllung die noch 2007 gefunden werden soll.

Bezüglich der Zone IV legte er dar, dass weniger Fördermittel als in den Vorjahren kommen, was dazu führt, dass eine wesentliche Erhöhung der Vorfinanzierung erfolgt. Aufgrund dieser Ursache steigt das Defizit in der Zone IV.

Wie er weiter informierte konnten die städtebaulichen Ziele im Bereich der Alten Neustadt im wesentlichen Bereichen umgesetzt werden. Die Arrondierung der Flächen zwischen Rogätzer Straße, Hafenstraße, Theodor-Kozlowski-Straße und Peter-Paul-Straße ist bis auf den Bereich der Magdeburger Mühlenwerke GmbH abgeschlossen worden. Im Wissenschaftshafen führen die öffentlichen Investitionen dazu, dass nunmehr privates Kapital investiert wird. So konnte ein Baufeld östlich des Zuckerspeichers B zur Errichtung eines Gebäudes für eine Ingenieurgesellschaft und ein Unternehmen der Versorgungsbranche veräußert werden. Darüber hinaus gibt es private Interessenten für einzelne Gebäude, die konkrete Erwerbsabsichten haben.

Herr Dr. Scheidemann, FB- Leiter 62 hob hervor, dass man bei der Defizitbetrachtung (Anlage wurde in der Sitzung ausgegeben) der Zone I die Relation zur Gewerbesteuererinnahme sehen muss. So gesehen ergibt sich unter Berücksichtigung der Gewerbesteuererinnahmen und der Vermögenswerte ein positives Ergebnis.

Wie er weiter berichtete werden wir im Wissenschaftshafen stabile und hochpreissiege Grundstückspreise ca. 100 Euro/ m² bei der Veräußerung bei Kaufpreisen zwischen 10-18 Euro/ m² haben.

Herr Stadtrat Czogalla fragte nach wie man hier den Gedanken eines gemeinsamen Gewerbegebiets mit Barleben, analog Osterweddingen/Sülzetal sieht.

Herr Dr. Scheidemann bemerkte dazu dass es eine völlig andere Situation ist in der Wertigkeit. Osterweddingen/Sülzetal ist als sinnvolles Areal für große Flächen, d.h. mehr als 25 ha. ohne Vorbelastungen beim TPO hingegen gibt es das Problem der Erschließung.

Herr Stadtrat Westphal fragte nach Projekten seit dem 30.06.2004. Beim Besuch der Gewerbegebiete, Hafen wurde sichtbar, dass wir hier seit Jahren aufschütten. Der Hafen hat die Elbe ausgebaggert, bekommen wir das für die Zone I hin?

Herr Dr. Puchta informierte dass es sich bei dem gemeinsamen Gewerbegebiets mit Barleben nicht um den TPO sondern das Gebiet südlich des Ortsteiles Ebdorf gegenüber dem Großen Silberberg, handelt. Was den Hafen betrifft, dieser hat die Sande vom Spundwandabschlagen eingesetzt, nicht von ausbaggern.

Herr Stadtrat Brüning teilte mit, dass das Ausbaggern der Elbe Sache der zuständigen Bundesbehörde ist, hier müsste man sich mal erkundigen. Man muss die Zone I weiter forcieren, d.h. die Entwicklungsmaßnahme ist fortzusetzen. Für das Gebiet Osterweddingen/Sülzetal besteht ebenfalls realer Bedarf.

Stadtrat Czogalla hinterfragte das Gebiet südlich Fraunhofer, Beachparty, was hier passiert. Man sollte doch diese Sache weiter fördern.

Herr Bartsch, KGE, informierte dass man mit dem Betreiber gesprochen hat, Lösungen angeboten hat und weiter im Gespräch ist.

Herr Dr. Scheidemann ging nochmals auf die Kostenproblematik die insbesondere durch die noch erforderliche Aufschüttung und Honorar von KGE geprägt werden ein. Man prüft nochmals intensiv die zu erwartenden Kosten, muss aber auf alle Fälle vermarktbar Grundstücke schaffen, d.h. als Grundstücksvoraussetzungen wird von Ebenen Flächen ausgegangen die man noch schaffen muss. Dabei sind Gutachten einzuhalten, die vorgeben was zu tun ist um gesicherte Tragfähigkeiten zu haben.

Ja: 4 Nein: 1 Enthaltungen: 0

Die Annahme der Drucksache 0505/07 wird empfohlen.

5.2. Konzeption zur Vernetzung der Messe- und Kongressaktivitäten
in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0524/07

Herr Dr. Puchta teilte einleitend zur Diskussion mit, dass wir die Messehallen mit Ihren Möglichkeiten verfügbar haben und wir sehen müssen, dass wir mittels Vernetzung für die Sicherung von Messe- und Kongressaktivitäten am Markt weiter platzieren. Dazu ist es notwendig an einigen Stellen zu investieren, er verwies hier auf die aufgezeigten Handlungsvorschläge im Einzelnen:

1. Unterteilung der Messehalle 2 in max. 5 Räume zu je 250 Teilnehmern durch Installation spezieller Akustikraumteiler; zusätzliche Schalldämmung durch Teppichboden.
Geschätzte Investitionskosten: ca. 560.000 €.
2. Anschaffung einer ca. 30m x 60m großen Leichtbauhalle zur Kapazitätserweiterung.
Geschätzte jährliche Leasingkosten: ca. 60.000 €
Für den Abschluss des Leasingvertrages ist eine Bürgschaftserklärung der Stadt notwendig.
3. Anschaffung von Konferenztechnik (mobile Technik, die sich in die bestehende, aber mengenmäßig nicht ausreichende Technik integrieren lässt).
Die Investitionskosten werden auf ca. 500.000 € geschätzt.
4. Zur nachhaltigen Wirkung dieser Investitionen und damit zur erfolgreichen Akquise zusätzlicher Kongresse ist eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen MVGM, MMKT und Tagungshotels erforderlich. Ziel muss es sein, aus der gegenwärtig noch informellen Zusammenarbeit nach und nach eine formelle Kooperation bis hin zu einem gemeinsamen Marketingbudget zu entwickeln.

Zusammenfassend stellte Herr Dr. Puchta dar, dass die allgemein geteilte Einschätzung eines Erfolg versprechenden Zukunftsmarktes „Kongresse und Tagungen in Magdeburg“ keineswegs als Selbstläufer zu sehen ist, sondern muss durch große und konsequente Anstrengungen – auch finanzieller Art - erkämpft werden. Vorteilhaft ist hier, dass der Mitteldeutsche Raum (Halle/ Dessau/ Magdeburg) als interessantes Gebiet insgesamt steht.

Herr Stadtrat Czogalla plädierte für kleinere Kongressräume und dafür das mehr Kongressräume verfügbar sind. Für Ihn stellt sich die Frage der Zweckmäßigkeit eines Tagungsdreiecks Halle/ Dessau/ Magdeburg.

Herr Westphal stellt mit Blick auf den Kurztitel und Ziel fest, dass es kein Konzept zur Vernetzung ist. In Der DS werden teilweise nur Aufzählungen und Feststellungen getroffen, Statistiken bemüht, aber eine Darstellung was die MMKT mit welchen Partnern konkret will fehlt in der Konzeption. Die von Herrn Dr. Puchta o.g. Punkte sind in Ordnung.

Herr Dr. Puchta umriss, dass sich die Zweckmäßigkeit eines Tagungsdreiecks Halle/ Dessau/ Magdeburg daraus ergibt, weil einer Allein nicht wahrgenommen wird. Wir werben deshalb ja mit dem Wirtschaftsministerium auch für die Region. Es ist richtig, dass durch die MMKT zukünftig konkret über die Vernetzung mit den Partnern, auch konzeptionell, nachzudenken ist. Aufgrund der Erfahrung der Geschäftsführer brauchen wir aber als Voraussetzung für die partnerschaftliche Zusammenarbeit und damit der Sicherung der Zielstellung, die technischen Voraussetzungen. Sicher sollte man mehr Räume verfügbar haben, dabei ist aber insbesondere auch auf die Nutzung des ehemaligen Theaters anzustreben. Die MMKT benötigt das, um darauf aufbauend weitere Strategien zu sichern.

Herr Stadtrat Czogalla hinterfragte wie man eine jährliche Verteilung innerhalb des Tagungsdreiecks Halle/ Dessau/ Magdeburg sichert.

Herr Dr. Puchta unterstrich, dass bei einer Entscheidung zu einem Tagungsobjekt viele Dinge vom jeweiligen Veranstalter gewichtet werden wie die Infrastruktur. So wird er z.B. da seine Teilnehmer auf verschiedenen Flugrouten/ Flugplätze ankommen (Berlin, Hannover, Leipzig/Halle) versuchen an einem Mittelpunkt einzuladen.

Herr Stadtrat Klein führte aus, dass viele Dinge ordentlich dargestellt wurden. Tagungsdreiecks Halle/ Dessau/ Magdeburg, Zusammenarbeit der Städte und Gesellschaften ist der richtige Weg. Er wünscht sich aber in der Darstellung weniger Polemik und Erfolge dafür mehr Strategien andeuten bzw. aufzeigen. Er plädierte für das gemeinsame Marketingbudget der Städtischen Gesellschaften. Auch sollte man ein paar Marketingvorhaben die man will, darstellen.

Dr. Puchta zusammenfassend, wir kooperieren und arbeiten zusammen, um das was der Stadtrat als Prämisse setzt brauchen wir die aufgezeigten technischen Voraussetzungen.

Ja: 3 Nein: 0 Enthaltungen: 3

Die Annahme der Drucksache 0524/07 wird empfohlen.

6. Anträge

6.1. Industrie- und Gewerbegebiet Magdeburg - Barleben Vorlage: A0080/07

Herr Dr. Puchta zeigte auf, dass man die Angelegenheit nicht von heute auf morgen umsetzen kann sondern im Blick haben muss. Es gibt eine grundsätzliche Absicht der Stadt, die auch der Gemeinde Barleben bekannt ist. Gut wäre wenn man mit der andere Seite hierzu die Absichten ausloten könnte.

Herr Westphal begrüßte, dass der Oberbürgermeister mit der Gemeinde Barleben über die Angelegenheit im Gespräch ist.

Herr Stadtrat Czogalla ist dafür, dass wir es so machen sollten wie Osterweddingen, verhandeln und verkaufen, wir haben dafür andere Flächen. Zu bedenken ist, Barleben hat Reichtum in

Hülle und Fülle. Sie führen gegen Magdeburg Argumente an wie können wir da einen Dialog führen. Im TPO hat sich seit 5 Jahren nichts bewegt.

Herr Dr. Puchta riet an das man nichts überbewerten soll sondern Kontakte suchen soll und dann ausloten muss.

Stadtrat Herr Brüning sieht keinen Bedarf und auch nicht das sich dort ein Unternehmen niederlässt. Herr Keindorf hat ihm gegenüber keinen Bedarf für ein gemeinsames Gewerbegebiet zum Ausdruck gebracht. Im TPO gibt es eine Reihe von Flächen die darauf warten vergeben zu werden. Der Oberbürgermeister ist beauftragt mit dem TPO zu verhandeln, d.h. er erwartet hier Aktivitäten.

Herr Kraatz unterstrich, dass es gut ist das man mal die Absichten prüft und untersucht ob man hier gemeinsam etwas entwickeln kann.

Herr Westphal zeigte auf, dass es gut ist Alternativen zu haben wenn ein Investor kommt der eine große Fläche benötigt und auch wenn wir den Großen Silberberg als Ausgleichsfläche einbringen, da mit der 110 KV Leitung Vermarktungsprobleme bestehen.

Herr Stadtrat Klein führte aus, dass er manchmal die Argumentation von Herrn Brüning nicht versteht. Es geht doch darum, wie kommt es bei den Partnern in Barleben an, welches Signal kommt von dort an.

Wir als Stadt geben doch ein Signal um hier zur Sache in ein Gespräch zu kommen.

Ja: 3 Nein: 1 Enthaltungen: 2

Die Annahme des Antrages 0080/07 wird empfohlen.

6.2. Industrie- und Gewerbegebiet Magdeburg - Barleben
Vorlage: S0237/07

6.3. Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von
Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: A0163/07

Herr Stadtrat Klein stellte einleitend dar, dass die Überlegung zurückgeht auf einen Besuch der beiden Geschäftsführer der Arena. Diese brachten zum Ausdruck, dass namhafte Vertreter zu den Rennen anwesend sind und es schade ist, das keine Vertreter der Wirtschaftsförderung hier bisher Interesse zeigten.

Dabei geht es nicht darum die Rennen zu besuchen, sondern vorher die Gespräche zur Präsentation der Landeshauptstadt, MAHREG- Automotive etc. zu führen.

Herr Stadtrat Klein bat um folgende „stillschweigende“ Änderung im Antrag, die die Zustimmung der anderen 5 Stadträte fand.

Statt „Die FDP Fraktion beauftragt den Oberbürgermeister“

„Die FDP Fraktion bittet den Oberbürgermeister...“

Anmerkung: die gewünschte Änderung kann durch Dezernat III nicht durchgeführt werden.

Durch das Sitzungsmanagement des Amtes 13 wird empfohlen den Sachverhalt im Stadtrat zu Protokoll zu geben.

Herr Dr. Puchta unterstrich, die Überlegungen und umriss, dass es wichtig ist, dass die Entscheider mit ins Boot gehören, d.h. man sollte im Bund mit MAHREG- Automotive die Präsentation des Wirtschaftsstandortes führen.

Herr Stadtrat Czogalla verwies auf einem zwischenzeitlich vorliegenden Änderungsantrag.

Der Vorsitzende Herr Dr. Zimmer teilte hierzu mit, dass der Änderungsantrag nicht eingestellt war.

Im Ergebnis verständigte man sich diesen im Rahmen der Stadtratssitzung mit zu integrieren.

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 2

Die Annahme des Antrages 0163/07 wird empfohlen.

6.4. Nutzung von Geschäftskontakten im Rahmen von
Rennveranstaltungen der Motorsport Arena Oschersleben
Vorlage: S0234/07

6.5. Einsatz Erneuerbarer Energien verstärken
Vorlage: A0126/07

Der Antrag wurde ohne weitere Diskussion behandelt.

Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Die Annahme des Antrages 0126/07 wird empfohlen.

6.6. Einsatz Erneuerbarer Energien verstärken
Vorlage: S0241/07

6.7. Anpassung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0158/07

Der Antrag wurde ohne weitere Diskussion behandelt.

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Die Annahme des Antrages 0158/07 wird empfohlen.

6.8. Anpassung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0227/07

7. Informationen

7.1. Wirtschaftsverkehrskonzeption der Landeshauptstadt Magdeburg (Zielhorizont 2015) Vorlage: I0226/07

Herr Schneider, Stadtplanungsamt legte dar, dass auf der Grundlage der Schwerverkehrskonzeption von 1995 das Stadtplanungsamt die Wirtschaftsverkehrskonzeption der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Zielhorizont bis 2015 erstellt hat. Dabei erfolgte für das bestehende Schwerverkehrsvorrangnetz eine Defizitanalyse hinsichtlich des Verkehrsablaufes, der Beeinträchtigung des Umfeldes und bestehender straßenbaulicher Defizite. Ausgehend von der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Berücksichtigung der ausgewiesenen Gewerbe- und Industrieflächen wurde für den Prognosezeitraum 2015 ein Schwerverkehrsvorrangnetz erarbeitet. Der notwendige Ausbaubedarf der Netzelemente wird aufgezeigt. Mit Blick auf die Haushaltssituation und des aktuellen Planungsstandes wurde eine Einteilung der Maßnahmen in kurz-, mittel- und langfristigen Zeithorizont vorgenommen. Dabei wurden insbesondere in Zusammenhang mit den Schwerlastverkehren auch untersucht Brückenhöhen und Tonnagen. Bei der Erarbeitung der Wirtschaftsverkehrskonzeption fanden Abstimmungen mit DB Netz AG, IG Innenstadt, Ingenieurkontor Magdeburg, Magdeburger Hafen GmbH, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, MVB GmbH, Polizeidirektion Magdeburg, Railion Deutschland AG, Referat für Verkehrswirtschaft der IHK Magdeburg, Magdeburger Förderanlagen und Baumaschinen GmbH (FAM), Stahlurm und Apparatebau Magdeburg GmbH (SAM) sowie mit den internen fachlich Beteiligten Tiefbauamt, Stadtplanungsamt, Umweltamt und dem Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Dez. III) statt.

Herr Stadtrat Schuster stellte fest, dass es nunmehr einen Antrag an die Verwaltung zum Bau einer Entlastungsstraße für die Gustav-Rickert-Straße entlang der Bahnlinie gibt, um die gewerblichen Verkehre aus dem Wohngebiet herauszuholen.

Herr Dr. Puchta wies darauf hin, dass wenn wir aus einem Mischgebiet ein Wohngebiet machen, das dies nicht zu lasten der dort angesiedelten Wirtschaft gehen kann. Er verwies darauf, dass wir die gewerblichen Verkehre dort nicht gänzlich herausbekommen, weil dort solche Unternehmen wie SELGROS, Tacho- Mewes, Koch´s Freizeitwelt, Sonshine Pool Vertrieb, Median Klinikum Anlieger sind.

Herr Stadtrat Czogalla fragte an auf welcher Basis die Rotenplanung erfolgt.

Herr Schneider teilte mit, dass die Rotenplanung auf Kartenbasis erfolgt.

Die Information 0226/07 wurde zur Kenntnis genommen.

7.2. Sachstand Wirtschaftsförderung Vorlage: I0267/07

Herr Dr. Puchta wurde gebeten ergänzend über bedeutsame aktuelle Entwicklungen zu berichten.

Ausgehend von der kompakten Darstellung der Ergebnisse des ersten Halbjahres informierte Herr Dr. Puchta über eine wichtige Weichenstellung der Bestandssicherung und für zukünftige Entwicklungen die mit folgenden Infrastrukturvorhaben verbunden sind:

- Erschließungsstraße Am Zweigkanal
- Erschließungsstraße Am Hansehafen, ca. 4,6 Mio. Euro
- Erschließung am Glindenberger Weg, erster Abschnitt 2008 ca. 7,5 Mio. Euro
zweiter Abschnitt 2009

Die Information 0267/07 wurde zur Kenntnis genommen.

7.3. Sozialkaufhaus im Neustädter Feld I0280/07 (Selbstbefassung)

Die Information I0280/07-Sozialkaufhaus im Neustädter Feld soll für die Sitzung des Ausschusses im Januar 2008 zur Diskussion erneut auf die Tagesordnung genommen und Herrn Fahlke das Diskussionsergebnis zuzuleiten werden.
Aus zeitlichen Gründen kam es zu keiner Diskussion.

7.4. Magdeburg zu Gast auf der 50. Steuben-Parade in New York City: Erste Projektinitiativen in Auswertung des Delegationsbesuches 2007 Vorlage: I0315/07

Aus Zeitgründen wurde die Information I0315/07 „Magdeburg zu Gast auf der 50. Steuben-Parade in New York City: Erste Projektinitiativen in Auswertung des Delegationsbesuches 2007“, vertagt. Unter Berücksichtigung des Diskussionsergebnisses im Stadtrat am 17.01.2008 wird eine Thematisierung im Ausschuss erfolgen.

Die Information 0315/07 wurde vertagt auf die nächste Sitzung.

8. Verschiedenes

Aus Zeitgründen konnten keine weiteren Diskussionen, Hinweise und Beiträge thematisiert werden.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Gerd Zimmer
Vorsitzende/r

Günther Klaffehn
Schriftführer/in